



Mangelnde Einsichten – Trübe Aussichten

Mangelnde Vorausschau und Fehlbeurteilungen über eigene gegenwärtige und künftige Positionen im internationalen Wettbewerb haben in Deutschland und Europa dazu geführt, dass grundlegende Zusammenhänge zwischen Innovationssystem und künftiger technischer und wirtschaftlicher Entwicklung weitgehend ignoriert wurden. Während Politik und Wirtschaft sich bemühen, dem schon seit längerer Zeit vorhersehbaren gegenwärtigen Fachkräftemangel mit kurzfristigen Einwanderungsmaßnahmen zu begegnen und das eigene viel zu geringe „Fachkräftepotential“ und dessen qualifizierte Ausbildung beklagen, wurde das für die künftige technische und wirtschaftliche Entwicklung entscheidende „Erfinderpotential“, das auf einer hinreichend großen Anzahl von motivierten kreativen Persönlichkeiten mit einer qualifizierten wissenschaftlich-technischen Fachausbildung beruht, vernachlässigt. Abnehmende Zahlen von Studienanfängern in den MINT-Fächern, gravierende Hemmnisse entlang der Innovationsprozesse, die Abschaffung steuerlicher Vorteile für Erfinder

und insbesondere die Nachteile des europäischen Patentrechts haben zu einer Besorgnis erregenden Schrumpfung des „Erfinderpotentials“ geführt. Das ist deshalb besorgniserregend, weil die künftige wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von vollen Auftragsbüchern und deren Ausführung durch Fachkräfte und dem Export abhängt, sondern auch entscheidend von der Qualität des jeweiligen Innovationssystems und der Größe des vorhandenen „Erfinderpotentials“.

Innovativer Aufbruch

Aufgrund des vorrangig quantitativen Wachstums wurde von der Politik in der Vergangenheit keine Notwendigkeit für tiefgreifende grundlegende Reformen im Innovationssystem gesehen. Das Ergebnis hieraus waren und sind stetig wiederholte Empfehlungen und „Strategiepapiere“, die angesichts der gegenwärtigen Abwerbung von Betrieben und des fortschreitenden Verlustes von Kernbereichen der Wirtschaft nur wenig bewirken können. Um der gegenwärtigen und künftigen Situation mit drohender

Klima- und Umweltkatastrophe und hohen Energiepreisen erfolgreich begegnen zu können, sind neben einer Stabilisierung der Wirtschaft, deren Transformation auf klima- und umweltfreundlichen Betrieb und deren Reduzierung von Abhängigkeiten in Lieferketten vor allem ein radikales Umdenken und ein konsequenter, breit angelegter innovativer Aufbruch zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stellung und des Lebensstandards in Deutschland und Europa erforderlich. Voraussetzung für den Erfolg ist hierbei eine konsequente Beseitigung bestehender Nachteile und Defizite.

Uneinigkeit in der EU

Mit etwa 500 Millionen Menschen stellt die EU ein bedeutendes Wirtschaftspotential mit einem großen zusammenhängenden Binnenmarkt für unterschiedlichste Produkte dar. Bislang ist es jedoch weder in der Außenpolitik noch in der Wirtschafts- und Innovationspolitik gelungen, sich auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen. Besonders macht sich dies auch bemerkbar im europäischen Pa-

tentrecht beim sogenannten „Europapatent“, das im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und China keinen einheitlichen territorialen Schutz gewährt und zudem mit hohen Gebühren belastet ist.

Mit den drastisch gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen haben sich für das auf Energie- und Rohstoffimporte angewiesene Europa die Wettbewerbsbedingungen gegenüber den über billiges Öl und Gas, technische Infrastruktur und billige qualifizierte Arbeitskräfte verfügenden Ländern, derzeit sind dies die USA und mit Ölzulieferungen aus Russland auch China und Indien, dramatisch verschlechtert. Für den Erhalt und den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen in der EU sind daher Erfinder, Unternehmer und Betriebe künftig auf einen sicheren Schutz neuer Entwicklungen angewiesen. Hierzu ist die Einführung eines territorial einheitlich wirkenden Europapatentes und ein wirksamer Schutz gegen Industriespionage zwingend erforderlich. Wenn Europa zwischen den Wirtschaftsblöcken USA und Südostasien in Zukunft nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren will, ist auch die Entwicklung einer einheitlichen europäischen Wirtschafts- und Innovationspolitik erforderlich. Aufgrund der gegenwärtigen Ressortverteilung in der deutschen Regierung - Finanz-, Justiz- und Bildungs- und Forschungsministerium in den Händen der FDP - sind diese Ministerien dafür prädestiniert, entsprechende ganzheitliche, zukunftsorientierte Initiativen zur Einführung eines echten Europapatents und einer weiterführenden Innovations- und Wirtschaftspolitik bei der EU einzubringen. DABEI wird den Finanzminister und FDP-Chef Christian Lindner, der neben der Finanzpolitik hierbei auch eine wichtige weitere zukunftsweisende Verantwortung wahrzunehmen hat, ansprechen.

Ungenutzte Innovationspotentiale

Der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Europa und des damit verbundenen Lebensstandards setzt eine konsequente Nutzung neuer aussichts-

reicher Entwicklungen und deren Vermarktung voraus. Es besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass Europa und Deutschland zwar angesichts der anstehenden Probleme – Wettbewerbsverlust aufgrund hoher Energiepreise, Transformation, Vermeidung von Treibhausgasen, Umweltverschmutzungen, Abbau von Abhängigkeiten in Lieferketten - heute über zu wenig, kreative Erfinder und sogenannte erfolgreiche „technische Leuchttürme“ verfügt. Um den gleichzeitig auf Europa zukommenden Herausforderungen begegnen zu können, ist es zwingend erforderlich sowohl die vorhandene wissenschaftlich-technische Infrastruktur zeitlich besser zu nutzen (Sondernutzung von Infrastruktur für Innovationen), denn Forschungs- und Entwicklungslabore der wissenschaftlichen Institute und der Industrie werden vielfach weniger als acht Stunden am Tag genutzt. Parallel hierzu sind auch die kreativen Kräfte zu motivieren, Erfindungen zur Lösung der anstehenden Probleme zu machen und sich bei deren Umsetzung zu engagieren (Investivarbeit für Innovationen). Es ist zu befürchten, dass Europa ohne eine deutliche Erhöhung des europäischen Innovationspotentials zunehmende Wettbewerbsverluste im Wettbewerb zwischen dem asiatischen und dem amerikanischen Wirtschaftsblock erleiden wird, was zwangsläufig wegen der bestehenden Exportabhängigkeiten auch mit einem Verlust an Lebensstandard verbunden ist. Die Politik ist hier gefordert, geeignete Förderinstrumente zu entwickeln. DABEI wird hierzu die Politik gezielt ansprechen und ist auch bereit, sich hierbei einzubringen.

Informationsdefizite

Um unnötige Kosten bei der Entwicklung einer neuen Technik oder eines neuen Verfahrens zu vermeiden, ist es üblich, sich über den Stand der Technik und der Wissenschaft zu informieren. Für die international verflochtene wissenschaftliche Community mit ihren Veröffentlichungen und Global Player, die unter dem Stichwort „Open Innovation“ weltweit mit Ausschreibungen nach Lösungen für ihre Probleme suchen, stellt dieses kein

ernsthaftes Problem dar. Im Gegensatz hierzu haben klein- und mittelständische Unternehmen und freie Erfinder gravierende Informationsdefizite, da es derzeit für sie weder ein national noch international strukturiertes Informationssystem über neueste Entwicklungen und deren potentielle Anwendungen gibt. Bisherige Bemühungen, dieses generelle Informationsdefizit im Rahmen von konkurrierenden nationalen und internationalen Erfinder-, Know-How-, Technologie- und Industriemessen zu beseitigen, hatten einen im zeitlichen Umfeld der Messe-Geschehen nur mäßigen Erfolg. Mit der Einstellung der Herausgabe des „Vademecum“ Deutscher Lehr- und Forschungsstätten durch den Raabe-Verlag und dem vom VDI und Forschungszentrum Jülich herausgegebenen „Handbuch der Schicht, Oberflächen-, Halbleiter-technik und Anwendungen“ (SchOTA) sind z.B. allein in Deutschland zwei weitere wichtige fachliche Informationsquellen versiegt.

Ein privatwirtschaftliches Engagement zum Aufbau oder zur Aufrechterhaltung anwendungsorientierter Informationssysteme für Unternehmen erfolgte wahrscheinlich deshalb nicht, weil sich das für Messen und Herausgeber nicht rechnet, und weil dieses als eine wichtige Aufgabe der nationalen und europäischen Politik angesehen wird. Ziel eines solchen Informationssystems ist es aussichtsreiche technisch-wirtschaftliche, umweltrelevante Entwicklungen in der Frühphase mit geeigneten Partnern im eigenen Wirtschaftsraum zu erkennen, zu beurteilen, weiter zu entwickeln, umzusetzen und in rechtlich gesicherten Wirtschaftsräumen mit kalkulierbarem Risiko zu vermarkten. Die heutige Realität sieht ganz anders aus. Kontakte auf der Hannover-Messe belegen: deutsche klein- und mittelständische Unternehmen und Erfinder kennen vielfach nicht einmal den ihre Tätigkeit betreffenden gegenwärtigen Stand der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in Deutschland, geschweige denn in Europa, den USA oder China. Die Folgen dieser Unkenntnis, zu der sich noch die aktiven Auswirkungen der Abwerbung von Know-How-Trägern und Wissen-

schaftlern und ausländische Industriespionage gesellen, verursachen gewaltige Schäden, die sich Deutschland und Europa aufgrund des durch die Energiekrise verursachten Wettbewerbsverlustes künftig nicht mehr länger leisten können. DABEI hat zum Aufbau eines entsprechenden Informationssystems konkrete Vorstellungen und ist bereit diese einzubringen.

Vernachlässigter Innovationswettbewerb

Unterbrochene Lieferketten und die schmerzliche Erkenntnis der Abhängigkeit von sensitiven technischen Zulieferprodukten als Folge der Covid-Pandemie haben die Grenzen der Globalisierung aufgezeigt und in den Wirtschaftsregionen zu dem Wunsch nach weitgehender Autonomie geführt. Das Überdenken des eigenen politischen Standpunkts angesichts des nicht mehr zu übersehenden Klimawandels und die gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche haben in den Vereinigten Staaten zur Verabschiedung von Fördermaßnahmen geführt, die einen Bezug oder eine Bestellung von nur in den USA gefertigten Produkten insbesondere für den Klimawandel vorschreiben. Mit dem Gesetz zur Verringerung der Inflation (IRA) ist der Aufbau eines neuen industriellen Ökosystems in strategischen Sektoren geplant. Steuervergünstigungen und Subventionen werden nur gewährt, wenn USA-Produkte oder in USA produzierte Produkte verwendet werden. Die deutschen Finanz- und Wirtschaftsminister haben hierin gemäß ihren Verlautbarungen im Fernsehen einen wachsenden Protektionismus und die Gefahr eines Wirtschaftskrieges mit der EU gesehen. Dieser Vorgang kann auch als Verstärkung der gezielten Abwerbemaßnahmen zur Ansiedlung europäischer Unternehmen in den USA gesehen werden. Da hiervon offenbar auch gegenwärtige klassische Produkte betroffen sind, kann dies aus deutscher und europäischer Sicht dahingehend verstanden werden, dass Europa trotz einzelner Pionierleistungen als Forschungs-, Kooperations- und Handelspartner von den USA als nicht bedeutend und nicht gleichrangig angesehen wird. Bis Anfang des Zwanzigsten Jahrhundert

war Europa wissenschaftlich und technisch führend, hat aber diese führende Rolle in zwei unsäglichen Kriegen verloren. Mit der vorhandenen Vielfalt und Kreativität Europas gilt es, an diese Tradition friedlich anzuknüpfen und Europa wieder einen führenden Platz im Innovationswettbewerb zu sichern.

Zusammenfassung

Hohe Energiepreise führen gegenüber Nationen, die über billige Energie- und Rohstoffe verfügen, zu einem Wettbewerbsverlust Deutschlands und Europas. Die angesichts des Klimawandels erforderliche Transformation der Wirtschaft hin zu emissionsfreier Produktion und umweltschonenden Produkten stellen weitere große Herausforderungen dar. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert ein radikales Umdenken und zielgerichtete Innovationen. Zum Erhalt der wirtschaftlichen Stellung und des Lebensstandards ist es höchste Zeit und zwingend erforderlich, bestehende Informationsdefizite, Hemmnisse und Nachteile in Europa zu beseitigen und ein echtes territorial wirkendes Europapatent einzuführen, um im internationalen Innovationswettbewerb, der die wirtschaftliche und technische Zukunft und die künftigen Lebensbedingungen bestimmt, zu bestehen.

Unser Motto **„Lieber heute DABEI, als morgen zu spät“**

■ *Senator h.c. Dr. Wolfgang Heidrich*
(DABEI-Vorstandsvorsitzender)